

Spinnrad



FORUM FÜR AKTIVE GEWALTFREIHEIT

Zeitschrift des Internationalen Versöhnungsbundes - Österreichischer Zweig



SCHWERPUNKTTHEMA: PALÄSTINA UND ISRAEL

Nummer 4 | Dezember 2023, € 3,-

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

„ZUR GEWALTESKALATION IM NAHEN OSTEN“ nannten wir den Beitrag, den wir Mitte Oktober auf unserer Website veröffentlichten. Unser Anliegen war es, einige Stimmen unserer Freund:innen aus Palästina und Israel zugänglich zu machen, um so nicht die allgegenwärtigen Narrative der alternativlosen Rache und der notwendigen Gewalt widerspruchlos stehenzulassen.

Ähnliches versucht auch diese Ausgabe des „Spinnrads“, auch wenn wir nicht all die zahlreichen Stimmen friedensbewegter Menschen aus der Region und der ganzen Welt wiedergeben können. Sie sind zahlreich - lasst uns darauf unsere Hoffnung setzen, auch wenn es angesichts des großen Schmerzes und der Trauer schwerer fällt als noch vor ein paar Wochen.

In Wien veranstalten wir jeden Mittwoch zusammen mit engagierten Menschen und Initiativen um 18 Uhr am Platz der Menschenrechte eine Mahnwache in Stille um der gemeinsamen Trauer Raum zu geben. Dabei wirkt beides in diesen Zeiten beinahe wie ein radikaler Akt: gemeinsam zu stehen und jedes Leben zu betauern, weil jedes Leben zählt.

Lucia Hämmerle
für das Redaktionsteam

Save the Date

Die Dreijahrestagung und Mitgliederversammlung des österreichischen Versöhnungsbundes findet von 15.-17. November 2024 statt.

IMPRESSUM (alle anderen ungültig):

Verleger, Herausgeber: Internationaler Versöhnungsbund, österreichischer Zweig (IVB)

Redaktion: Irmgard Ehrenberger, Pete Hämmerle, Lucia Hämmerle, Thomas Roithner

Adresse: Lederergasse 23/3/27, A - 1080 Wien;

Tel./Fax: 01/408 53 32;

Email: office@versoehnungsbund.at

Website: www.versoehnungsbund.at

Umschlagdesign & Layout: Lucia Hämmerle

Inhalt

02 | Editorial, Impressum

03 | Für einen neuen Friedensprozess in Israel & Palästina.

Anmerkungen zur aktuellen Situation aus gewaltfreier Perspektive
von Pete Hämmerle

07 | Vergeltung ist ein schlechter politischer Ratgeber

von Amos Gvirtz

08 | Weil der Einsatz für Menschen weitergeht...

Aufruf von Wi'am

09 | Die meisten wollen leben, nicht weiter töten, töten, töten!

Interview mit Sumaya Farhat-Nasar

12 | „Wir brauchen euch mehr denn je!“

von Evelyn Kulmer

15 | Zur Arbeit der Combatants for Peace

von Martin Vehrenberg

17 | Standing Together - Zusammenstehen

Redebeitrag von Dalia Sarig-Fellner

18 | Partei ergreifen

Gedicht von Irwin Keller

18 | Die Bombe und die Gewaltfreiheit

Rede von Maria Antoinetta Malleo bei der UNESCO

Information zu Mitgliedschaft und Abonnement:

- ▷ Abonnement der Zeitschrift Spinnrad: € 12
- ▷ Mitgliedschaft: € 50 (erm. € 30, Selbseinschätzung)
- ▷ unterstützende Mitgliedschaft: € 250
- ▷ fördernde Mitgliedschaft: € 500

Herstellerin: Print Alliance HAV Produktions GmbH, Druckhausstr. 1, 2540 Bad Vöslau;

Verlagspostamt: 1080 Wien

Bankverbindung: Bawag-PSK,

BIC: BAWAATWW,

IBAN: AT94 6000 0000 9202 2553

Preis der Einzelnummer: € 3,-

Abonnement: € 12,- (Inland), € 15,- (Ausland)

Für Mitglieder des IVB kostenlos!



Für einen neuen Friedensprozess in Israel & Palästina Anmerkungen zur aktuellen Situation aus gewaltfreier Perspektive

Von Pete Hämmerle

Im Juni 2016 beschloss der österreichische Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes ein Grundlagenpapier zur „Aktiven Gewaltfreiheit als Perspektive im Nahostkonflikt“,⁽¹⁾ das als Kompass nach außen und nach innen für das gewaltfreie Engagement im israelisch-palästinensischen Konflikt dienen sollte. Darin heißt es, dass „konkrete politische Themen, Forderungen usw. von Fall zu Fall auf der Grundlage dieses Memorandums diskutiert und entschieden werden sollen“. Dieser Artikel stellt einen Versuch dar, genau das für die aktuelle Situation im Herbst 2023 ansatzweise zu leisten.

Dabei ist grundsätzlich zu beachten, dass unsere eigene Position hier in Österreich niemals die von „Insidern“ sein kann, die direkt von der Gewalt und dem Konflikt bzw. Krieg betroffen sind, dass sie aber aus einem jahrelangen Engage-

ment für Frieden und Gerechtigkeit in Israel und Palästina erfolgt.

Ausgangspunkte

„Gewalt in ihren vielfältigen Formen wird wahr- und ernstgenommen. Ausgangspunkt gewaltfreien Handelns ist das Leid der von Gewalt Betroffenen.“

Das bedeutet, dass das Mitgefühl mit allen Opfern von Gewalt – israelisch-jüdischen und palästinensischen, zivilen und militärischen, „unschuldigen“ und „schuldigen“ – die Schlüsselrolle beim Herangehen an die aktuellen Ereignisse spielt. Weil die Achtung der Würde eines jeden Menschen eine Kernbotschaft der aktiven Gewaltfreiheit ist, dürfen und sollen wir tiefsten Herzens um jedes verlorene Menschenleben mit-trauern, weil jedes Leben in sich wertvoll ist. Es bedeutet auch zu versuchen, die Bedürf-

nisse und Ängste derer, die um geliebte Menschen trauern, zu verstehen und wirklich ernstzunehmen, dass auf allen Seiten Menschen unter Gewalt leiden, diese Gewalt abzulehnen und keinesfalls gegeneinander aufzurechnen.

In einem Beitrag für das Sonntagsblatt vom 7. November schreibt Andreas Götze, evangelischer Pfarrer und seit über 30 Jahren mit der Region verbunden:

„Empathie ist ein intellektueller Akt, keine Gefühlsäußerung. Sie ist eine Haltung, die in dem/der Anderen ein menschliches Wesen sieht und sich weigert, die Welt einfach in Gut und Böse einzuteilen. Wir müssen lernen, die Erzählungen des/der Anderen auszuhalten, ohne sie sofort zu verunglimpfen oder persönlich zu werden. Wenn der Dialog endet, gefährdet das den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“⁽²⁾

(1) https://www.versoehnungsbund.at/wordpress/wp-content/uploads/2013/08/Grundlagenpapier-VSS-2016_final.pdf

(2) <https://www.sonntagsblatt.de/artikel/gesellschaft/den-schmerz-des-anderen-wahrnehmen-raus-aus-den-schwarz-weiss-mustern-im>



„Auch wir als nicht unmittelbar am Konflikt Beteiligte müssen uns unserer Anteile am Konflikt, in Vergangenheit und Gegenwart, bewusst sein, sowie unser Schweigen und unsere Passivität gegenüber Gewalt und Ungerechtigkeit überwinden und gewaltfreie Ansätze und Initiativen auf allen Seiten und auf verschiedenen Ebenen fördern.“

Das Erkennen und Eingestehen eigener Anteile am Konflikt – auf persönlicher wie auf kollektiver Ebene – ist eine Frage der Glaubwürdigkeit und steht in Kontrast zu einer Haltung, die meint, immer schon zu wissen, wer die „Guten“ und die „Bösen“ sind und auf welcher Seite man richtigerweise zu stehen hat. Als österreichische:r Akteur:in gehört dazu notwendigerweise die Aufarbeitung und Reflexion von Antisemitismus, NS-Vergangenheit und Mitschuld am Holocaust, die in Österreich wohl kaum in der notwendigen Breite und Tiefe erfolgt ist und gerade angesichts aktueller antisemitischer Vorfälle eine ständige Aufgabe bleibt.

Aber nicht nur für antisemitische, sondern auch für antiislamische, rassistische und andere Formen menschenverachtender Ideologien und Feindbilder darf es in unserer Gesellschaft keinen Platz geben. Auf die aktuelle Situation bezogen ist es aber genauso wichtig, für wesentliche Grundrechte wie z.B. das Recht auf freie (und öffentliche) Meinungsäußerung, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung – auch und gerade in Zeiten von Krieg – und die Möglichkeit, Kritik an gewaltsamen Entwicklungen und Politiken zu äußern, einzutreten und sie gewaltfrei auch gegen den politischen und medialen Mainstream zu verteidigen.

Elemente einer Konfliktanalyse

„Eine Analyse von Gewalt und Unrecht aus der Kraft der Wahrheit und auf der Basis menschen- und



völkerrechtlicher Prinzipien sowie bestehender Friedensverträge bildet die Grundlage für gewaltfreien Widerstand auf allen Seiten.“

Aber wann und wo beginnt man am besten mit einer Analyse? Vielleicht mit dem 7. Oktober 2023, mit dem Schock angesichts der unvorstellbaren Welle von Gewalt, der durch das Massaker der Hamas und weiterer bewaffneter palästinensischer Gruppen im Süden Israels ausgelöst wurde.

An diesem Tag starben nach derzeitigem Wissensstand rund 1200 Israelis, über 3000 wurden verletzt und 240 Menschen wurden als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Für diese Ereignisse gibt es keinerlei Rechtfertigung, sie stellen einen klaren Rechtsbruch dar und sind uneingeschränkt zu verurteilen. Die Geschehnisse des 7. Oktobers kamen zwar für die israelische und die Weltöffentlichkeit überraschend, wie aus heiterem Himmel, sie können aber nicht einfach als vom Kontext isoliertes Ein-

zelereignis betrachtet werden, sondern stellen ein weiteres, besonders trauriges Kapitel in der mittlerweile rund 100jährigen Geschichte des Konflikts im und um das „Heilige Land“ dar, in der beide Seiten ihre jeweiligen Narrative leben und hochhalten.

Bei meiner ersten Reise nach Israel und Palästina lernten wir eine Initiative kennen, die es sich zur Aufgabe machte, ein Geschichtsbuch über den Konflikt zu schreiben – die jüdisch-israelische Version auf der einen Seite, die palästinensische auf der gegenüber liegenden Seite. Und dann, so wurde uns gesagt, braucht es noch eine leere Seite, für die jeweils persönliche und irgendwann vielleicht gemeinsame Sichtweise auf die geschichtlichen Ereignisse.

Die Reaktionen auf das Massaker von Seiten Israels nach dem ersten Schock waren vorhersehbar. Bereits viermal zuvor in den letzten 15 Jahren wurden von der Armee Militäroperationen mit Bombardements



von Gaza als Vergeltung für Raketenangriffe und Terrorakte durchgeführt. Dieses Mal sind sie besonders zerstörerisch, seit ihrem Beginn haben sie nach palästinensischen Angaben über 14.000 Menschenleben gefordert, viele Tausende Verletzte und 1,7 Millionen Vertriebene innerhalb des Gazastreifens, die verzweifelt um ihr Überleben kämpfen, das nicht nur durch Bomben, sondern auch durch die fast komplette Ausschaltung der Versorgung mit Strom, Treibstoff, Medikamenten und Lebensmitteln in höchster Gefahr ist. Inzwischen wird diese Vorgangsweise Israels von internationalen und humanitären Organisationen, aber auch von befreundeten Staaten zunehmend kritisiert und als nicht mehr mit dem Recht auf Selbstverteidigung zu rechtfertigen bezeichnet. Und die Eskalationsspirale dreht sich täglich weiter – wie lange noch?

Wenn wir einige Monate oder Jahre in der Konfliktgenese zurückschauen, können wir einige markante Entwicklungen festhalten:

- Im Dezember 2022 fanden in Israel die sechsten Parlamentswahlen innerhalb von vier Jahren statt, die mit der Bildung einer rechtsnational-religiösen Regierung, wieder einmal unter Premierminister Netanjahu, endeten. Gegen einige zentrale Vorhaben dieser Regierung, v.a. die sog. „Justizreform“, gab es monatelange massive Proteste und Demonstrationen in der israelischen Bevölkerung, die sich mit gewaltfreien Methoden für die Rettung der Demokratie einsetzten, allerdings größtenteils ohne die Situation der Palästinenser:innen in Israel selbst und in den besetzten Gebieten zu thematisieren. Dieser Konflikt ist durch die Attentate und den Krieg mit der Bildung eines „Kriegskabinetts“ unter Einschluss von Teilen der Opposition in den Hintergrund getreten, allerdings noch lange nicht ausgestanden.

- Seit Beginn des Jahres 2023 wurde auch im seit 1967 besetzten Westjordanland und in Ost-Jerusalem die Siedlungspolitik verstärkt fortgesetzt, was zu einer massiven Zunahme der Gewalt von Seiten der israelischen Armee und radikaler Siedler:innen führte. Die Zahlen, die von UN OCHA⁽³⁾, dem Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, und nationalen Menschenrechtsorganisationen dokumentiert wurden, weisen für heuer 456 getötete Palästinenser:innen aus (davon 223 oder 48% nach dem 7. Oktober), an die 3000 Menschen wurden seit 7.10. verletzt und über 1500 aus ihren Dörfern vertrieben.

- Seit dem Rückzug Israels aus dem Gazastreifen 2005 und der Machtübernahme der Hamas 2007 hat sich die Lebenssituation der dort wohnenden Bevölkerung ständig verschlechtert, was wesentlich mit der von Israel verhängten Blockade zusammenhängt. Schon im Jahr 2012 wies ein Bericht der Vereinten Nationen⁽⁴⁾ darauf hin, dass Gaza 2020 an die Grenzen seiner Überlebensfähigkeit kommen könnte. Gleichzeitig organisierten die Palästinenser:innen sowohl gewaltsamen Widerstand gegen Israel durch wiederholten Beschuss von israelischem Gebiet mit Raketen, dem Ausbau von unterirdischen Tunnelanlagen usw., wie auch Formen gewaltlosen Widerstandes – v.a. den „Marsch der Rückkehr“ 2018 zu den Grenzzäunen, bei dem über mehrere Wochen hin hunderte Menschen von der IDF verletzt oder getötet wurden.

- Zur desparaten Lage der Palästinenser:innen tragen aber auch die innere Spaltung und die Rivalität zwischen der im Westjordanland regierenden Fatah bzw. der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) unter Präsident Abbas sowie der Hamas und den anderen in

Gaza aktiven Organisationen wie dem Islamischen Dschihad bei. Die Tatsache, dass seit 2006 keine Wahlen stattgefunden haben, und der Verlust an Glaubwürdigkeit der PA und teilweise auch der Hamas haben dazu geführt, dass kaum politische Alternativen sichtbar sind und Einigkeit im palästinensischen Lager weit entfernt scheint.

- Das hat auch dazu geführt, dass in der internationalen Politik die Palästina-Frage immer mehr an den Rand gerückt ist. Israel hat in den „Abraham-Abkommen“ mit mehreren arabischen Staaten die Möglichkeit gesehen, seine Sicherheit durch Normalisierung besser gewährleisten zu können als durch Gespräche oder gar einen Friedensprozess mit den Palästinenser:innen. Diese Marginalisierung ihrer Anliegen und Bedürfnisse trug auch dazu bei, dass Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung bezüglich einer Verbesserung ihrer Situation gewachsen sind und der gewaltsame Kampf zunehmend von jungen Menschen als scheinbar einzige verbliebene Option ergriffen wurde. Durch die Ereignisse seit dem 7. Oktober ist der Konflikt in Israel und Palästina jedenfalls wieder in den Mittelpunkt des Weltinteresses gerückt.

Als letztes Element dieser Analyse sei hier noch kurz auf die Ebene des internationalen Rechts eingegangen. Seit ihrer Gründung haben sich die Vereinten Nationen mit dem Nahen Osten befasst, beginnend mit dem Teilungsplan von 1947 (UN-Generalversammlung, Resolution 191) über die Sicherheitsrats-Resolution 242 (die Israel zum Rückzug aus den 1967 besetzten Gebieten aufforderte) bis hin zu den beiden nach dem 7. Oktober beschlossenen Resolutionen: Die UN-Vollversammlung hat am 26.10. zu einer „sofortigen dauerhaften und nachhaltigen humanitä-

(3) <https://www.ochaopt.org/content/hostilities-gaza-strip-and-israel-flash-update-50>

(4) <https://www.un.org/unispal/document/auto-insert-195081/>



ren Waffenruhe“ aufgerufen. 120 Staaten stimmten für die Resolution, 14 Staaten dagegen (darunter auch Österreich), 45 Staaten enthielten sich der Stimme (darunter mit mehreren EU-Staaten auch Deutschland). „Wir lehnen den verabscheuungswürdigen Ruf der UN-Generalversammlung nach einem Waffenstillstand entschieden ab“, sagte Israels Außenminister Eli Cohen dazu. „Israel beabsichtigt, die Hamas zu eliminieren.“ Am 15.11. verabschiedete der Sicherheitsrat die (völkerrechtlich bindende) Resolution 2712 mit 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen (USA; Großbritannien und Russland), in der gefordert wird: 1. dass alle Kriegsparteien davon absehen, die Zivilbevölkerung von lebensnotwendiger Versorgung abzuschneiden, 2. humanitäre, mehrtägige Feuerpausen bei gleichzeitiger Einrichtung von sicheren Korridoren für Hilfs- und Versorgungslieferungen, und 3. die sofortige und bedingungslose Freilassung der von der Hamas verschleppten Geiseln.

Lösungsansätze auf politischer Ebene

„Die Lösung des Konflikts kann nicht von außen, an Stelle der Betroffenen, erfolgen.“

„Ziel des gewaltfreien Widerstandes ist nicht der Sieg der einen über die andere Seite, sondern gemeinsame Sicherheit und friedliches Zusammenleben unter Anerkennung der Existenz beider/aller Konfliktparteilichen im Lande und der Bedürfnisse und Ängste aller Beteiligten.“

Kurzfristig sollte es in der aktuellen Diskussion primär darum gehen, die Gewalt von beiden Seiten zu stoppen und das Leiden der Opfer von Gewalt zu beenden. In diese Richtung könnten u.a. folgende Maßnahmen wirken:

- Die Freilassung aller Geiseln durch die Hamas, in Verbindung mit einem Austausch von (Kriegs-)Ge-

fangenen beider Seiten und inhaftierten Palästinenser:innen, wie das derzeit in Ansätzen passiert

- Eine sofortige dauerhafte und nachhaltige humanitäre Waffenruhe wie von der UN-GV gefordert. Als Schritte dazu sind alle Maßnahmen hilfreich, die dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen, wie etwa die Einrichtung sicherer Korridore für Hilfs- und Versorgungslieferungen, die Beendigung der Versorgungsblockade des Gazastreifens (wie vom UN-SR gefordert) und die unverzügliche Einstellung von Angriffen auf die Zivilbevölkerung

- Maßnahmen, um die ausufernde Gewalt im Westjordanland durch die Armee und radikale Siedler:innen zu beenden

- Maßnahmen, um der Gefahr einer Ausweitung des Konflikts auf die gesamte Region entgegenzutreten

Mittel- und langfristig wird kein Weg daran vorbeiführen, die prinzipielle gegenseitige Anerkennung des Rechts beider Völker auf Selbstbestimmung zu erreichen. Das schließt sowohl die Anerkennung der Existenz des Staates Israel durch die palästinensischen politischen Akteur:innen wie auch eine dem Recht und Bedürfnis nach Selbstbestimmung der Palästinenser:innen entsprechende Vereinbarung mit ein. Beide Völker werden nicht von der Landkarte verschwinden und müssen einen Modus finden, wie sie in Zukunft neben- oder miteinander friedlich leben können. Die konkreten Formen und Modalitäten dieses Zusammenlebens müssen in einem neuen, umfassenden Friedensprozess gemeinsam gefunden und beschlossen werden. Dieser wird aber nur mit einem radikalen Umdenken aller Seiten im Sinne einer Logik des Friedens anstelle der vorherrschenden Logik des Krieges und der (militärischen) Sicherheit möglich werden. Beiträge dazu könnten vielleicht die im „Heiligen Land“ vertretenen Religionen, Judentum, Islam und Christen-

tum, leisten, indem sie als ersten Schritt für den freien Zugang ihrer Gläubigen zu den heiligen Stätten eintreten und dieses Recht auch den jeweils anderen zusprechen.

Und was können wir tun?

„Aktive Solidarität mit den (von Gewalt) Betroffenen und von ihnen erwünschte Formen der Unterstützung und Stärkung ihrer gewaltfreien Initiativen sind notwendig. Letztlich geht es darum, sowohl Unterdrückte wie Unterdrückende, Opfer wie Täter:innen zu befreien, weil beide unter Gewalt leiden und so ihr Menschsein nicht verwirklichen können.“

Die Möglichkeiten gewaltfreier Basisinitiativen in der Region wie in Österreich sind im Gesamtkontext zu sehen und v.a. auf die gesellschaftliche Ebene konzentriert. Im Versöhnungsbund legen wir den Fokus zum einen auf das Sichtbar- und Hörbar-Machen von israelischen und palästinensischen Stimmen, die auch in der jetzigen Situation für Menschlichkeit und ein friedliches Zusammenleben eintreten. Zum anderen suchen wir nach Formen, wie wir – gemeinsam mit anderen – unsere Trauer und Betroffenheit über das Leid aller öffentlich zum Ausdruck bringen und unser Eintreten für eine friedliche Lösung zum Wohle aller Betroffenen vielen näherbringen können. Einige dieser Stimmen und Initiativen kommen in dieser Ausgabe des SPINNRADs zu Wort.

[Abschluss des Artikels:
26. November 2023]

Pete Hämmerle ist Co-Geschäftsführer des österreichischen Versöhnungsbundes und arbeitet in der Koordination der österreichischen Einsätze für das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel



Vergeltung ist ein schlechter politischer Ratgeber

Von Amos Gvirtz

Alle israelischen Führungspersönlichkeiten – von der Rechten über das Zentrum sogar bis zur Linken – waren Partner:innen der Politik der Stärkung von Hamas auf Kosten der Palästinensischen Autonomiebehörde. Die Strategie lautete: die Möglichkeit eines Friedens zu eliminieren, der die Aufgabe von Land und die Erzielung eines Abkommens zur Lösung der Flüchtlingsfrage gefordert hätte. Jetzt sind fast alle, die von den Ergebnissen dieser Politik geschockt sind, noch immer nicht bereit, sie aufzugeben und eine Friedenspolitik zu wählen! Stattdessen sprechen sie über die Zerstörung der Hamas. Angenommen, diese wäre erfolgreich – was dann? Wenn wir die Möglichkeit eines historischen Kompromisses mit dem palästinensischen Volk ablehnen, ist die einzige verbleibende Option für die Palästinenser:innen – außer der vollständigen Kapitulation – wiederum gewaltsamer Widerstand gegen die israelische Besatzung. Statt der Hamas wird Israel einen weniger brutalen palästinensischen Partner suchen, solange es nur möglich bleibt, die Politik der Ausweitung israelischen Territoriums fortzuführen.

Entschuldigung, das ist lächerlich.

Es gibt einen Palästinenser, der mehr als das angeboten hat! In den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts gründete ein Palästinenser namens Mubarak Awad ein „Palästinensisches Zentrum für das Studium der Gewaltfreiheit“ in Ostjerusalem. In Anlehnung an Theorien über Gewaltfreiheit von Gene Sharp, einem amerikanischen Wissenschaftler, schlug Awad einen gewaltfreien Kampf gegen die israelische Besatzung vor (zur Vervollständigung: Zu dieser Zeit gründete

ich den IFOR-Zweig „Palestinians and Israelis for Nonviolence“, an dem Mubarak teilnahm). Und tatsächlich wandten viele Palästinenser:innen während der 1. Intifada (1987-1992) gewaltlose Techniken in ihrem Kampf an, wie z.B. Demonstrationen, die Öffnung und Schließung ihrer Geschäfte zu Zeiten, die der IDF (Israelische Armee) nicht genehm waren, kein Kauf von israelischen Produkten, Unabhängigkeitserklärungen von Dörfern, Verweigerung von Steuerzahlungen usw. Daneben gab es auch die Gewalt des Steinewerfens. Die Antwort Israels auf den palästinensischen Versuch zum gewaltfreien Widerstand: die Ausweisung von Mubarak Awad. In der Folge wurden wir in der 2. Intifada (2000-2004) mit dem Terror von Selbstmordattentäter:innen konfrontiert, die Tod und Angst in den Straßen Israels säten.

Die Politik, den Aufstieg der Hamas zur Macht in der palästinensischen Gesellschaft zu ermutigen, war auf dem riesigen Ungleichgewicht militärischer Stärke zwischen Israel und der Hamas gegründet. Am 7. Oktober 2023 erlebte diese Politik einen schrecklichen Rückschlag! Israels Antwort: Vergeltung! Vergeltung ist ein schlechter Politikratgeber. Sie befreit die Rächer:innen und ihr Publikum davon zu untersuchen, was ihre Politik bewirkt hat – für uns wie für sie. Sie müssen keine alternativen Politiken suchen.

Lasst uns daran denken, dass der Friedensvorschlag der Arabischen Liga seit 2002 auf dem Tisch liegt, dass Israel aber bis zum heutigen Tag sich weigert ihn zu berücksichtigen. Die israelische Führung zieht die Politik der territorialen Expansion einer Friedenspolitik vor. Sie wählt eine Politik, die unsere existentielle

Sicherheit einzig auf dem Primat militärischer Macht aufbaut. Der Preis dafür war bisher eine Serie von Kriegen, in denen Hamas und der Islamische Dschihad Raketen auf Israel abfeuern, und Israel mit Bombardements antwortet, die Tod und Zerstörung in Gaza säen. Und jetzt haben wir einen furchtbaren Preis für diese Politik bezahlt.

Es gibt noch einen weiteren wichtigen Aspekt dieser Machtpolitik. Anstatt der Ort zu sein, der jüdische Existenz garantiert, hat sich Israel in den gefährlichsten Ort für jüdische Existenz gewandelt. Seine rücksichtslose Politik gefährdet auch das weltweite Judentum, weil es antisemitische Ausbrüche ermutigt. Nur die Hinwendung zu einer Politik des Friedens, wie z.B. eine Antwort auf die Friedensinitiative der Arabischen Liga, kann eine existentielle Sicherheit schaffen, die Israel zu einem sicheren Ort für jüdische Existenz macht.

Amos Gvirtz ist israelischer Friedensaktivist und Mitbegründer eines palästinensisch-israelischen Versöhnungsbund-Zweiges in den 1980er Jahren



Weil der Einsatz für Menschen weitergeht...

Aufruf von Wi'am

In einem persönlichen Email schreibt Zoughbi Zoughbi, Gründer von Wi'am – The Palestinian Conflict Transformation Center (einem IFOR-Zweig in Palästina) und Präsident des Internationalen Versöhnungsbundes, über die aktuelle Situation in Bethlehem:

„Jede Nacht ist die Armee um uns herum, Drohnen am Himmel... Die Angst jagt uns und unsere Worte, Reden, schriftlichen Äußerungen und Interviews werden genau beobachtet. Die Matrix der Kontrolle ist enger geworden. (...) Wir müssen in dieser geschwisterlichen Beziehung bleiben und zusammenstehen, indem wir in die Fußstapfen unserer weisen, charismatischen und historischen Vorgänger:innen treten. Wertschätzung und Dank für eure Gebete, eure Empathie und fortwährende Unterstützung. Wir bitten um Frieden JETZT und um Gerechtigkeit JETZT!“

Gleichzeitig bittet er um Verständnis, dass er in der aktuellen Lage keinen inhaltlichen Beitrag schreiben kann, und schickt uns folgenden dringenden Nothilfaufruf:

Wi'am, das Palästinensische Zentrum für Konflikttransformation, gegründet 1994, lehrt Instrumente der Konfliktlösung/-transformation, bietet Mediation für lokale Streitigkeiten an, arbeitet für die Schaffung von Jobs zur Reduktion von Armut und Spannungen wegen der Arbeitslosigkeit, offeriert psychosoziale Konsultationen und verteilt Essenspakete und Medizin für Bedürftige. Weiters führt Wi'am auch Programme durch, die Führungskapazitäten von Frauen, Jugendlichen und Kindern stärken.

Arbeitsplätze: Israel hat am 10. Oktober die Checkpoints für Palästinenser:innen geschlossen und hindert so die meisten daran, zur

Arbeit nach Israel und sogar zwischen Norden und Süden im Westjordanland zu gelangen. Alle Geschäfte für Tourist:innen und Pilger:innen sind geschlossen, doch Bethlehem ist zum großen Teil vom Tourismus abhängig. Mit diesem Nothilfefonds möchte Wi'am mehrere hundert Arbeitskräfte mit einem Einkommen unterstützen, damit sie Brot und Milch auf ihre Tische bekommen.

Umgang mit Traumata: Heilung ist kein mechanischer Prozess oder ein zehninütiger Ölwechsel. Es ist ein Prozess der Desintegration, der Trennung und Unterbrechung des Lebens, um dann dem Trauma begegnen zu können, seine Unterdrückung zu überwinden und es in einen Prozess der Rückkehr zum Leben umzuwandeln. Beim Umgang mit Traumata geht es in Wahrheit nicht so sehr darum, dass es einem gesundheitlich besser geht, sondern darum, dass man Dinge loslassen kann, die einem die Persönlichkeit und Würde rauben; alle negativen Gefühle und schrecklichen Erwartungen loszuwerden, eine gesunde Persönlichkeit zurückzugewinnen und man selbst zu werden. Wir wollen mit Dutzenden Kindern und ihren Familien an der Traumabehandlung arbeiten.

Mediation, um gegen häusliche Gewalt zu arbeiten: Gewalt im allgemeinen und häusliche Gewalt steigen an, wenn die sozio-ökonomischen und politischen Bedingungen schlechter werden. Das Team von Wi'am arbeitet rund um die Uhr, um Hilfe zu leisten und Vermittlung und psychosoziale Unterstützung für alle anzubieten, die sie brauchen. Im Westjordanland steigen die Fälle von häuslicher Gewalt, weil die Mobilität von Familien nicht mehr gegeben ist und die Einkommen ganz oder teilweise ausfallen. Wir haben dazu eine Hotline eingerichtet.

Stärkung von Frauen: Bereits bisher hat Wi'am ein Programm zur Förderung Frauen betrieben, mit dem sie ihre Fertigkeiten und ihre ökonomische Selbständigkeit verbessern konnten. Der Nothilfefonds soll zur weiteren Förderung und Stärkung von Frauen beitragen.

Spenden für den **Nothilfefonds** können direkt online über die Webseite von Wi'am überwiesen werden:
<https://www.alaslah.org/donate/>





Die meisten wollen leben, nicht weiter töten, töten, töten!

Interview mit Sumaya Farhat-Naser

Sumaya, du setzt dich schon seit Jahrzehnten für Frieden und Gerechtigkeit durch Gewaltfreiheit in Palästina und Israel ein. Kannst du uns erzählen, wie es dazu gekommen ist und was für wichtige Initiativen du initiiert hast?

Sumaya Farhat-Naser: Ich bin mit 18 nach Deutschland gekommen, um zu studieren, und kurz vor Weihnachten habe ich im Studentenheim das erste Mal jüdische Menschen kennengelernt: „Elisabeth, komm, wir machen Advent-Kaffeetrinken.“ „Ja, ich komme, aber ich bin Jüdin.“ Oh mein Gott – zum ersten Mal sehe ich eine Jüdin. Dann ging ich zu Tanja: „Stell dir vor, Elisabeth ist Jüdin.“ „Ja, und ich bin Vierteljüdin.“ Was die Nazis gemacht haben, auch mit der Sprache, übersteigt den menschlichen Verstand, und da begann ich mit den Freundinnen über die Shoa zu sprechen. Ich wusste, wie schwer es für sie ist in Deutschland zu sein, mit den Deutschen konfrontiert zu sein. Das erweckte mein Interesse, aber auch den intensiven Drang mehr zu wissen, und so habe ich sehr viel gelesen, und je mehr ich las, desto mehr erkannte ich, wie wichtig Solidarität ist, dass wir gleichermaßen das Land lieben, Sehnsucht nach Freiheit haben, Frieden und Sicherheit wollen, und dass wir uns bewusst in die Lage der anderen versetzen. Das Leben lieben, ehren und wertschätzen. Das war in der Zeit der Studentenrevolution 1968, und ich habe dann auch viel über Probleme und andere Konflikte in der Welt gelernt.

Nach dem Studium bin ich in meine Heimat zurückgekehrt und habe gesehen, wie brutal die Besatzung war. Aber immer, wenn ich in Wut geriet, habe ich gesagt: „Halt!“, und habe an Elisabeth gedacht. Je differenzierter ich zu denken begann, desto ruhiger konnte ich auftreten. Ich habe viele schlimme Erfahrungen gemacht in meiner Familie: Tötung, Gefangennahme, Folter und immer, wenn ich verzweifelt war, habe ich gedacht - mit Hilfe vieler israelischer Freundinnen -, dass es meine Aufgabe ist, alles zu tun, damit niemals jemand getötet, gefangen genommen oder verletzt wird. Es war wirklich wie ein Glücksempfinden, wenn mich Israelis anschauten und lächelten. Ich habe 25 Jahre auf der Uni in Birzeit Botanik unterrichtet, habe mich für Frauen-, Menschen- und Behindertenrechte eingesetzt, Alphabetisierungskurse und Vorträge gemacht über Kindererziehung und wie die Frauen ihre Lebensbedingungen verbessern können. Mir wurde viel Respekt entgegen gebracht, und ich dachte, ich muss noch mehr tun, und ich kann es wagen, denn ich bin gerüstet dafür.

Ich war unter den ersten, die gemeinsam öffentlich mit jüdischen Frauen im Fernsehen aufgetreten sind, 1985/86, das war damals von beiden Seiten verboten (bis 1994), mit denselben Begründungen durch Israel und die PLO. Als wir gemerkt haben, wir können mehr wagen als Männer, wir werden nicht so ernst genommen, haben wir das genutzt und gemeinsam Prinzipien erarbeitet: keine Gewaltanwendung, zwei Staaten, Je-

rusalem als offene und gemeinsame Hauptstadt. Wir haben Kurse für Jugendliche und Frauen gemacht, in denen wir lernten, für unsere Würde zu streiten und uns selbst treu zu sein. Das ging 7-8 Jahre lang, es war eine schöne Arbeit – und die Basis für politische Gespräche, die dann zum Friedensprozess geführt haben. Es waren Abgeordnete aus dem israelischen Parlament und Palästinenserinnen dabei, vorher hatten alle immer nur ohne uns über uns gesprochen. Wir haben das Gemeinsame in den Vordergrund gestellt: Land, Wasser, Luft, und auch die Gleichheit der Rechte für alle, aber Israel wollte das Land nicht zurückgeben. Wir haben versucht, politische Bildung und eine Friedenskultur zu fördern.

Heute ist die Palästinensische Autonomiebehörde wie gelähmt, sie fungiert als ausführender Arm der Besatzung. Es gibt keine Entwicklung bei uns, dafür zwei Straßensysteme – eins für Juden, eins für Palästinenser, zwei Wassersysteme, keine eigenständige Wirtschaft, Abhängigkeit von Israel. Unser einziger Ausweg aus dieser Situation war der Aufbau von Bildung, v.a. durch mehr als 1800 NGOs, die sich dem gewidmet haben. Mit der Zeit hat die palästinensische Regierung an Respekt, Würde und an Glaubwürdigkeit verloren, während gleichzeitig Israel gestärkt war, und das führte zunehmend zu einer Radikalisierung: „Israel kann nur durch Gewalt beseitigt werden“ war ein verbreitetes Gefühl, und so entstand die Hamas in der 1. Intifada (ab 1987), die zuerst von Israel geduldet und sogar unterstützt wurde, um die palästinensischen Behörden und Proteste zu schwächen und einen Keil zwischen die Palästinenser zu treiben. Dieses Vorgehen hat sich als falsch erwiesen.

Ich bin dann nicht an die Uni zurückgekehrt, sondern habe beschlossen, Gewaltfreiheit an Schulen zu unterrichten, Friedensbildung im Westjordanland durchzuführen. Ich bin dabei nicht allein, andere Frauen kamen dazu und werden ausgebildet und arbeiten im Team mit. Wir wollen Frauen ermächtigen, dass sie selbständig werden, einen Beruf bekommen, am Gemeinschaftsleben teilnehmen.

Das ist eine schöne Arbeit, die wirklich immer wieder Erfolge zeigt. Die gemeinsame Arbeit mit Israelis wurde gestoppt, aus verschiedenen Gründen – weil wir älter geworden sind, aber auch weil die Demokratie in Israel in Gefahr ist wegen nationaler, fanatischer religiöser Gruppierungen und Parteien. Viele haben deswegen

das Land verlassen, und diese Entwicklung ist eine Gefahr auch für uns. Deshalb hat es in diesem Jahr große Demos gegeben. Das Problem ist noch nicht gelöst, nur durch den Krieg verschoben, aber der Kampf um die Wiedererlangung von Demokratie und Menschlichkeit wird weitergehen.

Zur aktuellen Situation seit 7. Oktober

Jetzt sind wir in diesem schrecklichen Dilemma des Krieges. Wir wussten, dass er kommt. Israel hat fünf Kriege geführt in Gaza, und nach jedem ist nicht an Lösungen gearbeitet worden, sondern der nächste Krieg ist vorbereitet worden. In den letzten 15 Jahren hat es die Regierung unter Netanyahu nicht mehr notwendig gefunden, mit Palästinenser:innen Friedensgespräche zu führen, und stattdessen lieber mit arabischen Staaten (Saudi Arabien, Golfstaaten...) Abkommen geschlossen, die aber nichts gebracht haben. Die Sache der Palästinenser:innen ist unwichtig geworden, sie fühlen sich total verlassen vom Rest der Welt, ohne Perspektive, was den Nährboden für manche bereitet, sich der Hamas anzuschließen. Oft wissen Eltern oder Mütter gar nicht, wenn ihre Söhne in den Untergrund gehen und sich bewaffneten Gruppen anschließen. Nur Frieden kann Gerechtigkeit und Sicherheit bringen, und ich hoffe, wir kommen eines Tages dorthin.



Ich bin betroffen, dass die westlichen Staaten und die USA nichts tun, dass der Krieg gestoppt wird. Sie müssen dafür sorgen, dass Israel verhandelt, durch Vermittlung – aber das ist leider noch nicht der Fall. Gestern tagte die UN-Vollversammlung und fordert „Stoppt den Krieg“, eine humanitäre Pause und einen Waffenstillstand. Wenn der Strom und das Internet abgeschaltet werden, können keine Nachrichten aus Gaza herauskommen, kein Wissen um das Wohlergehen von Angehörigen oder Freund:innen.

Es gibt Bombardierungen von Wohnhäusern, Kirchen – wie der orthodoxen Kirche mit 16 Toten -, wo die Menschen Schutz suchen, weil sie glauben, dass sie dort nicht bombardiert werden. 90% der Toten sind aus der Zivilbevölkerung. Niemals zuvor wurden auch so viele Geiseln genommen – früher hat Israel alles getan, um eine einzelne Geisel zu befreien, heute kümmert sie das nicht mehr, sie wollen nicht verhandeln.

Und wenn noch Tausende sterben, es ist unmöglich, „die Hamas zu vernichten“, weil das Leben nicht mehr



INTERVIEW

erträglich ist, und das Töten so immer weiter geht. Die meisten aber wollen leben, wollen Sicherheit für alle haben, und nicht weiter töten, töten, töten.

Du sprichst vom Ansatz deiner langjährigen Friedensarbeit bei Frauen, Jugendlichen und Kindern. Warum ist das so wichtig?

Was die Frauen betrifft, so gibt es dafür mehrere Gründe:

1. Frauen fühlen sich und sind verantwortlich für das Leben. Sie sorgen sich, sind verantwortlich und offener für Zuhören, für Trauer, sie weinen – das machen Männer nicht. Wir erzählen viel, wir umarmen uns, sprechen über gemeinsame Gefühle.
2. Frauen haben mehr Zeit, die Männer arbeiten. Zusammenkommen ist für sie eine Gelegenheit aus der patriarchalischen Struktur herauszukommen, quasi einmal „auszugehen“.
3. Es herrscht Ungleichheit – Frauen wollen aber Gleichberechtigung und Mitbestimmung, deshalb kommen sie.
4. Frauen tauschen sich über Probleme bei der Erziehung der Kinder aus, z.B. wenn sie dauernd am Handy sind oder „dumme Sachen machen“ (z.B. Rauschgift).

Zur Arbeit mit Kindern möchte ich ein Beispiel erzählen: Ich arbeite normalerweise in Privatschulen, wo es gemeinsamen Unterricht gibt. In der 5./6. Klasse gibt es zwei Gruppen – Buben und Mädchen in der Pubertät – die sich gegenseitig ärgern und die anderen lächerlich machen. Und in dieser Konstellation gibt es dann oft gute Gespräche, sie lernen Gleichberechtigung von klein auf.

Aber es gibt auch Beispiele aus der Arbeit mit Buben. Einmal ging ich zum Direktor einer Bubenschule, der mich zuerst herablassend behandelte und mir nicht einmal in die Augen schaute. Nachdem ich mir den nötigen Respekt verschaffen konnte, erhielt ich schließlich die Genehmigung zur Arbeit in dieser öffentlichen Schule. Im Klassenzimmer stellte ich fest, dass die Lehrer alle einen Plastikschlauch in der Hand hatten. Ich fragte die Schüler: „Warum haben die Lehrer diese Schläuche?“ „Um uns zu schlagen, weil wir nicht zuhören, weil wir böse sind uns es verdient haben.“ „So ein Quatsch, niemand verdient es geschlagen zu werden“, sagte ich. Die Lehrer mussten die Schläuche weglegen, und dann haben wir sehr gut miteinander gearbeitet.

Eine Gruppe von Frauen hat eine Kooperative gegründet. Dort werden sie ausgebildet und halten dann selber Kurse. Sie haben das Kantinenessen übernommen als Einkommensmöglichkeit, sie machen im Schulhof Umwelterziehung, 18 von 20 Frauen haben den Führer-

schein gemacht um unabhängig zu sein. Und dann arbeiten wir über die Frauen auch mit den Männern. Einmal kam eine junge Frau zu mir, die frisch verlobt war, und von der ich gehört hatte, dass sie Gewalt befürchtet. Am nächsten Tag besuchte ich sie, und als ihr Verlobter nach Hause kam, fragte ich ihn, ob er nicht auch an diesem Kurs teilnehmen wolle. Ich hätte gehört, dass manche Männer ihre Frauen schlagen, und dass er das doch sicher nicht in Ordnung finde und etwas dagegen tun wolle. Zuerst meinte er: „Nein, das mache ich nicht!“ Aber als er hörte, dass andere auch mitmachen, willigte er schließlich ein.

Aufgrund solcher Erfahrungen schrieb der Pfarrer einen Brief an alle Verlobten in seiner Gemeinde, dass sie an diesem Kurs teilnehmen müssen, wenn sie heiraten wollen. Als größtes Problem der jungen Paare stellten sich oft die Kosten für die bevorstehende Hochzeit (15-20.000€) heraus. Ich sagte: „Ich bin preußisch erzogen worden, da habe ich Sparen gelernt.“ Und so erstellten wir eine Liste der Kosten, berieten über Budgetposten und Einsparungsmöglichkeiten, und lernten dabei auch, was gemeinsame Verantwortung bedeutet.

Als Friedensorganisation werden wir immer wieder aufgefordert, öffentlich Position zu beziehen, oft verbunden mit dem Vorwurf der Einseitigkeit. Wie gehst du persönlich mit dieser Herausforderung um? Hast du einen Tipp für uns?

Es ist mein Narrativ, mein Leben, meine Verhältnisse, die ich darstelle, wissend dass diese Geschichte meine ist; d.h. es ist auch meine Verantwortung, meine Realität und meine Wahrheit klar auszusprechen. Das ist positiv gemeint, es ist meine Wahrheit (nicht notwendig die ganze, aber meine Erfahrung), egal was die anderen sagen. Auf dieser Grundlage kann dann ein offenes Gespräch entstehen, wenn meine Sichtweise respektiert wird, oder ich habe nichts mehr dazu zu sagen, wenn das nicht der Fall ist.

Zum Abschluss: Warum sollen wir trotz allem nicht aufgeben?

Wir haben keine andere Wahl. Man kann aufgeben, dann wird es noch schlimmer. Nur durch Hoffnung können wir aktiv und kreativ werden. Und durch Glauben, dass ein anderes, besseres Leben möglich ist und es in unserer Hand liegt, unseren Teil dazu beizutragen.

Sumaya Farhat-Naser ist evangelische Christin und lebt in Birzeit bei Ramallah. Sie ist Autorin von fünf Büchern über Palästina, die im Lenos Verlag erschienen sind.

Das Gespräch fand im Zuge einer Vortragsreise am 29. Oktober 2023 statt.





„Wir brauchen euch mehr denn je!“

Von Evelyn Kulmer

Als Teilnehmerin am Ökumenischen Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) des Weltkirchenrates war ich von Mitte Jänner bis Mitte April mit meinen Teamkolleg:innen in Bethlehem und Umgebung unterwegs, um über die Friedensarbeit in Israel und Palästina zu lernen, über das Leben unter Besatzung zu erfahren und Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren.

Wir trafen israelische und palästinensische Aktivist:innen, die sich unermüdlich für Frieden einsetzten. Wir vernetzten uns mit Menschenrechtsorganisationen in Israel und Palästina, die von Regierungen unter Druck gesetzt wurden und dennoch nicht ihre Arbeit aufgaben. Mehrmals pro Woche standen wir vor dem berüchtigten Checkpoint 300 zwischen Bethlehem und Jerusalem und beobachteten, wie Palästinenser:innen teils stundenlang in enge Gänge gedrängt ausharren mussten, um zu ihrer Arbeit nach Israel zu gelangen. Wir sahen, wie israelische Soldat:innen mit ihrer Waffe auf Kinder zielten, die gerade

auf dem Weg zur Schule waren, oder sie mit ihrem Militärjeep im Schrittempo verfolgten. Wir besuchten ein Dorf, das nur durch die Unterstützung einer niederländischen NGO wieder ihre konfiszierten Solarpaneele zurückbekam.

In einem anderen Dorf konfiszierten israelische Soldat:innen nicht nur die Solarpaneele, sondern zerstörten einige sogar vor den Augen der Besitzer:innen. Wir besuchten eine Familie, der das Militär seit Jahren den Zugang zu einem ihrer Felder mit Olivenbäumen verwehrt. Im Herbst 2022 schnitten sie den Großteil der Olivenbäume um und vernichteten damit auch einen wesentlichen Teil des Einkommens der Familie. Wir sprachen mit einer anderen Familie, deren barrierefreies Haus für ihren erwachsenen Sohn im Rollstuhl abgerissen wurde, und trafen eine 80-jährige Frau, deren Haus, in dem sie ihr ganzes Leben verbrachte, der Abriss noch drohte.

Das ist nur ein Auszug der Menschenrechtsverletzungen, die wir

dokumentierten und an verschiedene Organisationen weiterleiteten. Je länger ich dort war, desto schwieriger war es für mich, meine Erfahrungen zu teilen und dabei nicht meine Glaubwürdigkeit zu verlieren. Zu extrem erschienen manche Geschichten, vor allem in ihrer Gesamtheit, denn wie kann all das vor den Augen der internationalen Gemeinschaft möglich sein und stillschweigend hingenommen werden?

Einmal fragte mich jemand, woher wir von EAPPI wissen, dass all die Geschichten auch tatsächlich so passiert seien. „Das können wir nicht immer“, antwortete ich, „aber wenn du dort bist und den Menschen in die Augen siehst, merkt man, was dahintersteckt“. Eine Situation, auf die das zutrifft, ist mir besonders in Erinnerung geblieben. Bei einem Besuch im Jordantal fuhr ich mit dem EAPPI-Team von Jericho zu einer Beduinenfamilie in Mu'arrajat East. Schon bei unserer Ankunft empfand ich die Stimmung als angespannt. Der herzliche Emp-





fang, der uns sonst so oft zuteilwurde, fiel aus. Stattdessen wirkte die Familie irritiert und zögerte zunächst. Nachdem wir uns und EAPPI erklärten, lud uns die Familie schließlich doch ein uns vor dem bescheidenen Haus auf der überdachten Terrasse hinzusetzen und einen Tee zu trinken.

Uns gegenüber saß der Vater der Familie. Er fing an über ihr Leben zu erzählen. Etwas Schweres lag in seiner Stimme. Seine Worte mussten uns übersetzt werden und verschlugen uns zunehmend die Sprache. Er erzählte von täglichen Angriffen und Drohungen der umgebenden Siedler:innen und seinen Versuchen, Hilfe von der israelischen Polizei zu bekommen, die erfolglos blieben. Von der Palästinensischen Autonomiebehörde erhielten sie ebenfalls keine Unterstützung. Somit waren sie auf sich allein gestellt. Mittlerweile wisse er nicht mehr, wo er seine Tiere zum Weiden hinbringen soll. Seine Berichte von Übergriffen und Gewalt nahmen kein Ende. Fast nebenbei erwähnte er, dass sein Hund vor 10 Tagen von Siedler:innen erschossen wurde, der seines Bruders vor einer Woche. Er sei müde von all dem. Wenn er wüsste, wo er mit seiner Familie hingehen könnte,

würde er gehen, aber er weiß nicht wohin. Es wäre nicht das erste Mal, dass die Familie von ihrem Zuhause vertrieben würde. Als seine Vorfahren aus der Negev-Wüste fliehen mussten, wurde ihnen dieses Stück Land versprochen, ohne dass sie jemals Papiere erhalten hätten.

„Wir sind traurig und werden noch wahnsinnig. Wir können unsere Tiere nicht füttern. Sie sind unsere einzige Lebensgrundlage“. Seit einem Jahr litt die Familie unter der Aggression der Siedler:innen, die auch vor Kindern keinen Halt kannte. „Ihr bittet uns nicht gewalttätig zu sein? Aber wie soll man Kinder unter Kontrolle halten, wenn sie mit dieser Gewalt aufwachsen?“ Wir konnten ihm keine Antwort liefern. Auch sonst fanden wir kaum Worte. In meinem gesamten Einsatz war ich nie mit einer so großen Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit konfrontiert wie in Mu'arrajat East.

Ein Blick von außen

Es sind Begegnungen wie diese, die den jahrzehntelangen Konflikt in Israel und Palästina in ein anderes Licht rücken. Als ökumenische Begleiterin konnte ich Menschen auf Augenhöhe begegnen. Ich hörte zu,

lernte und versuchte zu verstehen, um ein Sprachrohr für jene Menschen zu werden, deren Stimmen sonst nicht gehört werden. Zahlen bekommen so Gesichter und Daten werden zu Geschichten. Die Arbeit von EAPPI zeigt auf, dass ein Konflikt nicht nur dann ans Tageslicht kommt, wenn Menschenleben der Gewalt zum Opfer fallen. Er manifestiert sich in allen Facetten des Alltags, wo Menschenrechte verletzt werden, Ungerechtigkeit hingenommen wird und schließlich die Menschlichkeit verloren geht.

Es war nicht leicht, sich über drei Monate hinweg so intensiv mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt zu beschäftigen und sich ihm gerade über diese sehr menschliche Art und Weise zu nähern, ohne dabei in Gefahr zu geraten, sich emotional auf einer Seite zu verliehen und die andere zu vernachlässigen. Doch so sehr ich über die Ängste, Verzweiflung und auch Wut hörte, so konnte ich sie nie im selben Ausmaß empfinden. Mit der Weste von EAPPI war ich immer als Außenstehende gekennzeichnet. Das Leben, das wir in Israel und Palästina kennenlernten, war schließlich nicht mein Leben. Ich wusste, dass ich jederzeit gehen konnte und nach drei Monaten im Programm sogar wieder nach Österreich zurück musste. Aber genau darin liegt eine weitere Stärke des Programms: als ökumenische Begleiterin bin ich letzten Endes nicht involviert. Ich fühlte keine Angst. Deshalb war es leichter für mich unparteiisch zu bleiben, mich für Frieden und Gerechtigkeit auf beiden Seiten einzusetzen und letzten Endes nicht die Fähigkeit zu verlieren, in meinem Gegenüber Menschlichkeit zu erkennen.

Umso mehr beeindruckten mich israelische und palästinensische Menschen und Aktivist:innen, die im Konflikt aufgewachsen sind und trotzdem dazu fähig waren, ihr eigenes Leid und das Leid der anderen



Seite anzuerkennen, die Fehler der anderen genauso wie Fehler auf der eigenen Seite aufzeigten und die durch diese Haltung statt Spaltung und Polarisierung wieder die Menschlichkeit in den Vordergrund rückten.

Dunkle Zeiten

Die derzeitige Situation lässt Zweifel aufkommen, ob die bisherige Friedensarbeit in Israel und Palästina einen Sinn hatte. Dass es zur Eskalation von Gewalt kommt, war für mich und viele andere, die sich mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt beschäftigen, keine Überraschung. Wer die Lage vor Ort näher kennt, spürt, dass die Situation nicht auf Dauer so aufrechterhalten werden konnte. Schließlich hat sich seit Monaten die vielfach zitierte Gewaltspirale ungebrochen weitergedreht. Es war das Ausmaß der Gewalt, das wir am 7. Oktober sahen und die seither die Region dominiert, das ich nicht erwartet hatte. Zum ersten Mal seit der Gründung von EAPPI im Jahre 2002 sind – mit Ausnahme der Coronazeit - keine EAs im Westjordanland und Ostjerusalem. Die Sicherheitslage erlaubt es momentan nicht. Für die Kontakte, die zum Teil jahrelang von EAs begleitet wurden, heißt das, dass sie ohne den Schutz der internationalen Präsenz von EAPPI sind.

Auch Menschenrechtsverletzungen können derzeit nicht von EAs dokumentiert werden, wodurch wertvolle Informationen für die UN und weitere internationale Organisationen verloren gehen. Aus der Ferne bin ich noch mit ein paar der Menschen, die ich in meinem Einsatz kennenlernen durfte, in Kontakt. Eine von ihnen schrieb mir auf Deutsch: „Wir sind fassungslos über das, was auf beiden Seiten geschieht. Es gibt keine Hemmschwelle mehr. Töten ist normal geworden in Israel und Palästina. Die Menschen sind verroht. Wie soll es weiter gehen? Wir leben in einem

Teufelskreis von Vergeltung und Vergeltung der Vergeltung. Über ein halbes Jahrhundert Unterdrückung und über ein halbes Jahrhundert Besatzer zu sein hat den Menschen die Menschlichkeit genommen. Immer sind die Zivilisten auf beiden Seiten die Opfer“.

Hoffnungsschimmer

Dieselbe Person sagte mir bei unserem ersten Treffen: „Ihr in Deutschland und Österreich könnt sagen ‚die Hoffnung stirbt zuletzt‘, aber wir hier dürfen uns nicht erlauben das zu sagen. Die Hoffnung darf für uns nie sterben. Sie ist alles, was wir haben.“ Ihre Worte sitzen noch tief in mir, und obwohl die Situation so dunkel wie noch nie zuvor aussieht, halte ich mich an sie.

Dabei bin ich nicht die Einzige. Es gibt nach wie vor israelische, palästinensische und internationale Stimmen, die sich gerade jetzt für das Ende der Gewalt aussprechen, damit Israelis und Palästinenser:innen beginnen können in Frieden zu leben. Doch Frieden kann nicht auf einem Boden entstehen, der gespalten ist. Dazu können auch wir in Österreich einen Beitrag leisten, indem wir polarisierende Schwarz-

Weiß-Denkmuster brechen und uns stattdessen mit israelischen und palästinensischen Zivilist:innen solidarisieren, die Leid und Tod erfahren und lebensbedrohlicher Gefahr und Gewalt ausgesetzt sind, unabhängig auf welcher Seite einer Mauer sie leben.

Versuche, das eine Leid gegen ein anderes Leid aufzurechnen, führen meiner Meinung nach nur zu noch mehr Schmerz, Hass und Verhärtung. Von vielen Kontakten vor Ort hörte ich seither den Ruf: „Wir brauchen euch mehr denn je!“ Uns, die als ökumenische Begleiter:innen die Menschen in ihren Heimatländern durch unsere Erfahrungen für die Situation von Israelis und Palästinenser:innen sensibilisieren können. Denn als Begleiter:innen schickte uns der Weltkirchenrat nach Israel und Palästina und als Botschafter:innen für Frieden und Gerechtigkeit kehrten wir wieder zurück.

Evelyn Kulmer war von Mitte Jänner bis Mitte April 2023 als Ökumenische Begleiterin (EA) im Rahmen von EAPPI im Einsatz in Bethlehem

Zur aktuellen Situation von EAPPI

Nach den Massakern der Hamas und dem Beginn des Krieges in Gaza wurden die internationalen Begleiter:innen der Gruppe 90 am 12. Oktober evakuiert und setzen ihre Beobachtungsmission derzeit von ihren Heimatländern aus fort. Der Koordinator des Programms im Büro in Jerusalem schreibt am 9.11.: „EAPPI und das Jerusalem Office setzen ihre Arbeit trotz Krieg und Restriktionen fort. Während die Aufmerksamkeit der Medien auf Gaza konzentriert ist, werfen wir unseren Blick auf die Menschenrechtsverletzungen, die unbemerkt im Westjordanland begangen werden. Die Gemeinschaften vor Ort brauchen unsere Hilfe, weil sie von Siedler:innen und dem israelischen Militär attackiert werden.“

Für die Wiederaufnahme des Begleitprogramms wird vorläufig der 1. Jänner 2024 ins Auge gefasst, sofern die Umstände es erlauben. Im April soll der nächste österreichische Begleiter ins Programm entsandt werden.

Aktuelle Informationen unter: <https://eappi-austria.at/>



Zur Arbeit der Combatants for Peace

Von Martin Vehrenberg

Die „Combatants for Peace“ (CfP) ist eine von Israelis und Palästinenser:innen gegründete Graswurzelbewegung, die sich in Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten in Form von gewaltlosem Engagement für eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts einsetzt.

Die Organisation wurde im Jahre 2006 von israelischen Ex-Soldaten und ehemaligen palästinensischen Kämpfern gegründet, ist aber heute offen für jede:n. Nachdem die Organisation in den letzten Jahren stark gewachsen ist, hat sie sich zu einer festen Größe in der NGO-Landschaft in Israel und den besetzten Gebieten entwickelt und unterhält heute zwei Büros, ein israelisches in Tel Aviv und ein palästinensisches in Beit Jalla. Neben den etwa 20 Mitarbeiter:innen der Organisation sind auch noch mehrere hundert Aktivist:innen, Israelis und Palästinenser:innen, aktiv für die Organisation tätig.

Die Bewegung ist davon überzeugt, dass sich der Israel-Palästina-Konflikt nicht mit Waffengewalt lösen lässt. Die Mitglieder verstehen sich als Aktivist:innen, die in ihren gemeinsamen Aktionen die Besatzungsrealität herausfordern und durch Dialog und Verständigung an „einer neuen Realität“ arbeiten. Den Kern bilden regionale Gruppen von Aktivist:innen, die in verschiedenen Regionen des Westjordanlandes und in Israel tätig sind.

Zu den Aktivitäten zählen Führungen durch die besetzten Gebiete für Israelis, Palästinenser:innen und internationale Besucher:innen, Workshops mit jungen Israelis vor ihrem Armeedienst, gemeinsame Protestmärsche und gewaltfreie Solidaritätsaktionen. Darüber hinaus setzt sich die Organisation für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Palästinenser:innen im Westjordanland ein und spricht über und demonstriert gegen die Zerstörung palästinensischer Häuser und Infra-

struktur durch die israelische Armee und gegen die sich ausbreitende Siedlergewalt gegenüber Palästinenser:innen. Aktivist:innen der Organisation begleiten palästinensische Schäfer:innen beim Weiden der Tiere, oder unterstützen palästinensische Bauern und Bäuerinnen bei der Feldarbeit oder Olivenernte. Die Anwesenheit israelischer Aktivist:innen hilft oft Angriffe von gewaltbereiten Siedler:innen auf die Bauernfamilien zu vermeiden.

Alljährlich zum „Jom HaZikaron“, dem israelischen Soldatengedenktag, organisieren die CfP zusammen mit dem „Parents Circle Families Forum“ eine Gedenkveranstaltung für alle Opfer des Nahostkonflikts, unabhängig von ihrer nationalen Identität. Zuletzt wohnten der Zeremonie in Tel Aviv 15.000 Besucher:innen bei. Per Livestream nahmen weitere tausende Zuschauer:innen an der Veranstaltung teil. Auch möchte die Bewegung die Öffentlichkeit in Israel und international gegenüber dem immer noch tabuisierten Thema der Nakba, der Vertreibung der Palästinenser:innen aus Israel 1948, thematisieren.

International bekannt wurden die CfP vor allem durch den im Jahre 2006 erstmals auf der Berlinale gezeigten Dokumentarfilm „Disturbing the Peace“. Auch nach dem 7. Oktober und im gegenwärtigen Krieg mit Gaza bleibt die Organisation ihren Prinzipien der Gewaltfreiheit und des Dialogs treu und hat eine entsprechende Stellungnahme veröffentlicht.

Die Arbeit der CfP wird seit vielen Jahren von AGIAMONDO im Rahmen des Zivilen Friedensdienstes gefördert. Kern der Zusammenarbeit war und ist die Mitarbeit von ZFD-Fachkräften bei Organisati-



Rotem Levin (links) und Osama Eliwat (rechts) waren im Oktober diesen Jahres auf Speaking-Tour in Deutschland. Sie stellten verschiedenen Organisationen und Initiativen ihr Engagement und das Anliegen der cfp vor. Bild: cfp



onsaufbau und –entwicklung der CfP, sowie bei der Stärkung ihrer Advocacy- und Öffentlichkeitsarbeit. Der deutsche Zivile Friedensdienst⁽¹⁾ leistet als Gemeinschaftswerk von Staat und Zivilgesellschaft Beiträge zur gewaltfreien Konflikttransformation in ca. 45 Ländern und wird finanziert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) und durchgeführt von acht kirchlichen und zivilgesellschaftlichen Trägerorganisationen sowie der staatlichen Entwicklungsagentur GiZ. Der ZFD ist im Grundsatz konzipiert als zeitlich befristeter Dienst von qualifizierten Fachkräften, durch den Menschen und Organisationen in den Partnerländern des ZFD in ihrem Einsatz für den Frieden gestärkt werden. Die Zusammenarbeit mit CfP erfolgt im Rahmen eines Landesprogramms in Israel und den palästinensischen Gebieten, in dem derzeit zehn ZFD-Fachkräfte in unterschiedlichen Bereichen in Israel und im Westjordanland tätig sind.

Gegenwärtig unterstützt AGIAMONDO die CfP in beiden Büros vor allem in den Bereichen Advocacy und Organisationsmanagement. Trotz ihres umfangreichen Engagements und Bekanntheitsgrades in Israel und im Westjordanland sind die CfP international noch nicht einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. In den letzten Jahren konzentrierte sich die Bewegung darauf vor allem in den USA einen gewissen Bekanntheitsgrad zu erreichen und dort einen Unterstützungskreis aufzubauen und beschäftigt heute auch ein kleines Fundraisingteam in den USA. Gerade auch in den deutschsprachigen europäischen Ländern möchten die CfP sich besser mit ihren Unterstützer:innen und Partner:innen vernetzen und die Öffentlichkeit dort über die Projekte und Ziele der Bewegung aufklären. So tourten die CfP im Oktober und

November 2023, während des Krieges in Gaza, durch Deutschland. Zwei Aktivist:innen der Organisation, ein Israeli und ein Palästinenser, sprachen in Kirchen, Organisationen und Schulen über die Friedensarbeit der CfP, über die Geschichte des Nahostkonfliktes und gingen auch auf die neu ausgebrochene Spirale der Gewalt ein.

Diese so genannten Speaking Touren bieten die Gelegenheit einer breiteren Öffentlichkeit von der Arbeit und den Zielen der Organisation zu berichten. Es ist geplant, dass die CfP nun halbjährlich für eine Speaking- und Advocacy Tour nach Deutschland oder ins benachbarte Ausland reisen, um so neue Unterstützer:innen und Partner:innen ansprechen und gewinnen zu können. Die Organisation ist der Überzeugung, dass ein größerer internationaler Unterstützungskreis sich positiv auf die Arbeit der Organisation und letztendlich auch auf einen Friedensprozess im Nahen Osten auswirken kann.

Anzunehmen ist, dass Ablehnung und Hass zwischen Israelis und Palästinenser:innen nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober und dem Krieg in Gaza noch weiter zunehmen werden. Organisationen wie den CfP kommt die wichtige Aufgabe zu, dem durch ihre Arbeit entgegen zu wirken, und in beiden Gesellschaften dazu beizutragen eine Grundlage für einen späteren Friedensprozess zu leisten. Durch das Massaker der Hamas und den Krieg in Gaza mussten aktuell einige Aktivitäten der CfP unterbrochen werden. Die Bewegung bietet stattdessen Austausch und Vorträge über Videokonferenzformate an. Inzwischen begleiten Aktivist:innen der CfP auch wieder palästinensische Bauern und Bäuerinnen, um sie vor der stärker werdenden Siedlergewalt zu schützen. Daneben demonstrieren die Combatants

aktuell gegen den Krieg in Gaza, unter anderem auch vor Privathäusern von israelischen Politiker:innen in den besetzten Gebieten.

Auf nationaler Ebene haben Organisationen wie die CfP die wichtige Aufgabe, bei der lokalen, von den Kriegsgeschehen traumatisierten Bevölkerung, den Dialog und die Verständigung zwischen Israelis und Palästinenser:innen zu fördern und sich ganz konkret, besonders auch durch das ganz persönliche Beispiel der Mitglieder, gegen Hass und Ablehnung zu engagieren. Auf internationaler Ebene werden Friedensorganisationen wie die CfP wichtige Schlüsselpartner sein, um die Menschen in einem Friedensprozess mitzunehmen, sie zu beteiligen und diesen inklusiv zu gestalten. Nur wenn die Menschen vor Ort bereit für einen Friedensprozess sein werden, kann dieser Prozess mit internationaler Unterstützung gelingen.

Vor allem Nichtregierungsorganisationen wird deshalb die Aufgabe zuteil Israelis und Palästinenser:innen auf einen gelingenden Friedensprozess vorzubereiten. Hierfür brauchen diese Organisationen Mitstreiter:innen und Sympathisant:innen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Die Zusammenarbeit des ZFD mit den CfP kann hoffentlich einen Beitrag dazu leisten, dass es den CfP gelingt lokal und international mehr und mehr Unterstützung für ihre Ziele zu erhalten und so zu einer friedlichen und gerechten Zukunft für alle Bewohner:innen des „Heiligen Landes“ beizutragen.

Martin Vehrenberg ist stv. Geschäftsführer von AGIAMONDO e.V. und hier verantwortlich für das Programm Ziviler Friedensdienst (ZFD)

(1) www.ziviler-friedensdienst.org



Standing Together - Zusammenstehen

Bereits am 22. Oktober 2023 wurde das erste „Zusammenstehen“ von Standing Together Vienna am Platz der Menschenrechte abgehalten. „Eine Mahnwache für die zivilen Opfer in Israel und Palästina. Vereint für Frieden, Gerechtigkeit und Sicherheit für alle“ veranstaltet von einem jüdisch-arabischen Bündnis für den Frieden im Nahen Osten. Seither finden die Mahnwachen alle zwei Wochen statt.

Redebeitrag von Dalia Sarig-Fellner bei der Mahnwache in Wien am 19. November 2023

Als ich überlegt habe, was ich hier sagen möchte, sind viele Fragen aufgetaucht und nur wenige Antworten.

Ich frage mich z.B., warum es wichtig ist, dass ich jetzt als Jüdin hier spreche. Zählt das Wort einer Jüdin mehr als die Worte meiner nichtjüdischen Freundin?

Wenn das so ist und mein Wort mehr zählt, heißt das auch, dass ich mehr Verantwortung habe, meine Stimme zu erheben. Wenn ich als Jüdin mehr Verantwortung habe in diesem Konflikt, wie kann ich dann ruhig schlafen und im Schatten der Massaker leben, die gerade und sogar in meinem Namen angerichtet werden?

Es gibt Jüdinnen, die ihre Stimme erheben, trotzdem oder gerade weil ihre Angehörigen von der Hamas verschleppt oder getötet wurden, wie Maoz Inon, dessen Eltern am 7.10. ermordet wurden. Er sagt in einem Interview wenige Tage nach dem Überfall:

„Ich ertrinke in einem Ozean von Trauer und Schmerz, aber ich suche keine Rache. Rache wird die Katastrophe nur größer machen. Krieg ist nie die Antwort.“

Woher, frage ich mich, nimmt Maoz die Kraft und den Mut, uns aufzurufen, für den Frieden zu stehen, und wie kann das sein, dass so viele Menschen in Israel, in Österreich und in der westlichen Welt noch immer wegschauen und scheinbar kein Mitgefühl mit den Menschen in Gaza haben?

Und schließlich noch eine Frage: Was ist jetzt wichtig? Darauf habe ich eine klare Antwort: Das Morden in Gaza muss aufhören. Jetzt. Sofort.

Ich bin heute hier und erhebe meine Stimme, weil ich einen Traum habe. Und in diesem Traum ist Frieden nur ein erster Schritt. Ich sehne mich nach einem Miteinander, in dem jeder Mensch in Würde lebt, in dem uns Fürsorge, Menschlichkeit und gegenseitiges Verständnis verbindet, in dem wir uns in Liebe umarmen. In dem alle Menschen ihre Stimme erheben, wenn sie Unrecht sehen, und in dem alle Stimmen gleich gehört werden.

Ihr steht heute hier mit uns zusammen, weil ihr dem Ruf eurer Menschlichkeit gefolgt seid. Dafür bin ich dankbar.

Lasst uns gemeinsam zum Frieden mahnen, bis unsere Stimmen nicht mehr überhört werden können. Lasst uns weiter wachsam sein, auch wenn das Leid nicht mehr so offensichtlich ist oder gar an einem anderen Ort stattfindet.

Stützen wir einander, wenn wir zu fallen drohen und gehen wir miteinander in eine friedliche Zukunft.

Maoz Inon hat eine berührende Botschaft in die Welt geschickt. Mit dieser Botschaft möchte ich gerne enden: „Weint mit den Palästinensern und den Israelis! Unsere Tränen werden die Wunden auf beiden Seiten heilen.“

Danke.



Zusammenstehen

„Wir stehen zusammen, um der israelischen und palästinensischen Zivilist*innen zu gedenken, die durch Terror und Krieg ihr Leben verloren haben.

Wir trauern um die mehr als tausend Israelis, die bei dem Terroranschlag der Hamas auf grausame Weise ums Leben kamen, und beten für die über hundert Frauen, Männer und Kinder, die als Geiseln genommen wurden.

Wir trauern um die tausenden Palästinenser:innen, die bei den unerbittlichen Angriffen des israelischen Militärs im Gazastreifen getötet wurden und weiterhin getötet werden, und beten für die hunderttausenden Familien, die gezwungen werden, ihre Häuser zu verlassen und einer ungewissen Zukunft entgegensehen.

Es gibt keine Rechtfertigung für die Tötung von Zivilisten, ob sie nun im Namen eines Kampfes gegen Unterdrückung oder eines Krieges gegen den Terror begangen wird.“

Vollständiger Text unter:
www.onestateembassy.com/standingtogethervienna



Partei ergreifen (Taking Sides) von Irwin Keller (Rabbi, Lehrer, Autor)

Heute ergreife ich Partei.

Ich ergreife Partei für den Frieden.

Einen Frieden,
den ich nicht im Stich lassen werde,
auch nicht, wenn seine Stimme übertönt wird von Schmerz
und Hass,
Verbitterung des Verlustes
Geschrei von richtig und falsch.

Ich ergreife Partei für den Frieden,
dessen Name kaum ausgesprochen wird
in diesem Krieg ohne Gewinner.

Ich werde den Frieden
in meinen Armen halten
und den Atem meines Körpers mit ihm teilen,
dass nicht der Frieden der Zahl der Opfer hinzugerechnet
wird.

Ich werde Deeskalation verlangen,
selbst wenn ich nichts so sehr will
wie Vergeltung.
Ich werde das tun
im Dienst am Frieden.

Ich werde roden
im überwuchernden Dickicht
aus Ursache und Wirkung,
damit der Frieden atmen kann,
eine Minute lang,
und sich nach dem Himmel strecken.

Ich werde tun, was ich tun muss,
um dem Frieden das Leben zu retten.
Ich werde durch Tränen hindurchatmen.
Ich werde Überheblichkeit schlucken
Ich werde mir auf die Zunge beißen
Ich werde Liebe anbieten,
ohne das Verdient-Haben zu überprüfen.

Deshalb verlangt heute nicht von mir,
mit einer Fahne zu wedeln, wenn es nicht
die Fahne des Friedens ist.
Verlangt nicht von mir, eine Hymne zu singen, wenn es
kein Friedenslied ist.
Verlangt nicht, dass ich Partei ergreife,
wenn nicht für den Frieden.

Übersetzung: Jamila Pape

**FRAU PRÄSIDENTIN DER GENERALVER-
SAMMLUNG, FRAU PRÄSIDENTIN DES
VORSTANDS, FRAU GENERALDIREKTO-
RIN, EURE EXZELLENZEN, SEHR VER-
EHRTE DAMEN UND HERREN!**

Der Versöhnungsbund wurde beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs von gläubigen Menschen gegründet, die sich weigerten gegeneinander zu kämpfen. Sie ließen die selbstzerstörerische Logik der Gewalt hinter sich um zusammen an einer Versöhnung Europas zu arbeiten. Heute tragen wir den von ihnen übergebenen Staffelstab weiter, das Zeugnis unserer Friedensnobelpreisträger:innen, u.a. Martin Luther King, Adolfo Pérez Esquivel, Mairead Maguire, die die Geschichte des letzten Jahrhunderts durch aktive Gewaltfreiheit geprägt haben. Das Zeugnis auch vieler Frauen und Männer, die guten Willens sind und die heute, auch in Palästina und Israel, zusammenarbeiten für Versöhnung und Koexistenz, „bewaffnet mit Glaube und Hoffnung“, wie unser Präsident Zoughbi Zoughbi aus Bethlehem es ausdrückte.

Gandhi sagte, dass der Weg zum Frieden der Friede selbst ist und wir schließen uns dem Aufruf zum Frieden für diese beiden Völker, die in der Geschichte durch ihr Leiden verbunden sind, an: das Töten von Kindern und schutzlosen Zivilist:innen zu beenden und „den Schmerz der anderen zu sehen“ (Jeremy Milgrom von den Rabbis for Human Rights) und die gemeinsame Menschlichkeit zu erkennen.

Wir sind sehr besorgt über die Normalisierung und Eskalation der Anwendung von Krieg als Mittel zur Konfliktlösung, den Anstieg von Militärausgaben, die Einführung von Militarismus in Gesellschaft und Schulen, auch in europäischen Ländern.

Trotz großer Fortschritte beim intellektuellen Erbe des Bewusstseins der Menschlichkeit – wie die UNO oder die UNESCO, der Atom-



Die Bombe und die Gewaltfreiheit

Beitrag der Repräsentantin des International Fellowship of Reconciliation (IFOR, dt. Internationaler Versöhnungsbund), Maria Antonietta Malleo bei der 42. Generalversammlung der UNESCO, 11. November 2023

waffenverbotsvertrag, die Deklaration zu kultureller Diversität, die Deklaration einer Kultur des Friedens, die Dekade für eine Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit, das Recht auf Frieden, die Deklaration der Menschenrechte und die Verfassung von Staaten, die Krieg als Mittel der Konfliktlösung ablehnen – suggeriert dieser Trend der Rückentwicklung eine regressive Phase in der Geschichte der Menschheit. Er unterwandert das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit, und widerspricht der Raison d'être der Vereinten Nationen und birgt für uns die Gefahr unkontrollierbarer Konflikte.

Krieg ist der extremste Akt eines irrationalen Modells von Entwicklung, von Dominanz und Ausbeutung, auch der Umwelt, durch den enthumanisierenden Einsatz immer mächtigerer Technologien.

Der Philosoph Lanza del Vasto beschrieb die Bombe und Gewaltfreiheit als die zwei großen Kräfte unserer Zeit, Ausdrücke von Gut und Böse, auch aus einer spirituellen Perspektive: die erste als selbstzerstörerische technologische Kraft, die auf Angst basiert, und Gewaltfreiheit als die einzige kreative Stärke von entscheidender Bedeutung für die Konfliktlösung.

Junge Menschen haben ein großes Verlangen nach Gewaltfreiheit und Hoffnung, worauf wir eine radikale



Foto: Christian Renoux

Maria Antonietta Malleo.

Antwort geben müssen. Wir brauchen einen Prozess der Pazifizierung, eine materielle und mentale Abrüstung und eine lange Zeit für die erzieherische, kulturelle und soziale Transformation, die Frieden auf dem gemeinsamen Boden unseres Planeten sät und kultiviert.

Hier bei der UNESCO, wo wir uns im Geiste von Freundschaft und Konsens treffen, auch in Partnerschaft mit Nichtregierungsorganisationen, müssen wir uns mit ausdauerndem und gemeinsamen Bemühen der Einheit und Kreativität einsetzen, geleitet von dem Traum, dass Krieg aus der Geschichte vertrieben wird durch die Kraft der Gewaltfreiheit als Grundprinzip der Zivilisation und der Praxis des Friedens.

Wir begrüßen daher herzlich die neue „Empfehlung zur Bildung für Frieden und Menschenrechte, internationale Verständigung, Zusammenarbeit, Grundfreiheiten, Weltbürgerschaft und nachhaltige Entwicklung“, die gerade angenommen wurde um „vom Ideal zum konkreten Wandel“ zu kommen. Sie unterstützt die Mitgliedsstaaten und Nichtregierungsorganisationen bei ihren Aktionen und Programmen, die Frieden und Menschenrechte in ihren Lehrplänen auf allen Ebenen der Bildung zum Inhalt haben, eines der wichtigsten Ziele des Nachhaltigen Entwicklungsziels 4.7.⁽¹⁾

Vielen Dank.

Übersetzung: Lucia Hämmerle

(1) Anmerkung der Übersetzung: Ziel 4.7 der nachhaltigen Entwicklungsziele lautet: „Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die für nachhaltige Entwicklung notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, u.a. durch Bildung für nachhaltige Entwicklung, für nachhaltige Lebensweise, für Menschenrechte, für Gleichberechtigung der Geschlechter, durch Förderung einer Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit, durch Global Citizenship Education und Wertschätzung kultureller Vielfalt und durch den Beitrag der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung.“



Wir konzentrieren uns auf die Menschlichkeit. Wir sehen das Kind, nicht die Nationalität, wir fühlen den Schmerz der anderen in uns selbst, und wir suchen Gerechtigkeit, nicht Rache. Wir glauben gemeinsam, dass alles Leben gleich ist, und gemeinsam haben wir getrauert, unsere Angst und unsere Trauer geteilt und Geschichten über Verlust und Überleben ausgetauscht.

**Aus einer Aussendung
der Combatants for Peace
im Oktober 2023**